



dbb
bundesfrauen-
vertretung

Position

Frauen in Zeiten von Covid 19

Gestärkt aus der Krise: Gleichstellung jetzt umsetzen!

Stand: 15. Mai 2020





Frauen in Zeiten von Covid 19

Gestärkt aus der Krise: Gleichstellung jetzt umsetzen!

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt uns, dass in Krisenzeiten bestehende Ungleichheiten größer werden. In der Finanzkrise 2008 haben wir zuletzt erlebt, wie staatliche Sparmaßnahmen, die die Krise ausgleichen sollten, bestehende Ungleichheiten – nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen Frauen und Männern – verschärft haben. Aus diesen Erfahrungen müssen wir jetzt die richtigen Schlüsse ziehen, um eine weitere Verschärfung der Missverhältnisse zwischen den Geschlechtern zu verhindern. Vor allem die sich abzeichnende Re-traditionalisierung der Arbeitsteilung in Familien droht, wenn nicht umgehend gegengesteuert wird, die Gleichstellung von Frauen und Männern um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Dies gilt insbesondere für Frauen, die Familie, Pflege und Beruf vereinbaren müssen. Bezahltes Homeoffice und unbezahlte Care-Arbeit stellen eine Doppelbelastung dar, diese darf sich weder in der gesellschaftspolitischen Debatte noch im Erwerbsleben nachteilig für Frauen auswirken. Die dbb bundesfrauenvertretung fordert deshalb eine schnelle und nachhaltige Antwort der Politik auf die Auswirkungen der aktuellen Krise auf die Situation von Frauen im öffentlichen Dienst.

75 % Frauen in systemrelevanten Berufen

Zwei Drittel der systemrelevanten Berufe – von der Pflege alter und kranker Menschen bis hin zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten – liegen in den Händen weiblicher Beschäftigter. Gerade in diesen Bereichen werden mitunter die schlechtesten Branchenlöhne bezahlt. Ein Großteil dieser systemrelevanten Berufe liegt im Verantwortungsbereich der Länder und des Bundes. Umso wichtiger ist hier ein verantwortungsvolles und konsistentes gleichstellungspolitisches Handeln der staatlichen Entscheidungsträgerinnen und -träger.

Doppelbelastung der Frauen

Gleichzeitig sehen sich viele Frauen und ganz besonders Alleinerziehende durch Schul- und Kitaschließungen einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Frauen schultern ohnehin im Privaten den Großteil der unbezahlten Arbeit zu Hause, einschließlich Pflegearbeit. Im OECD-Durchschnitt leisten Frauen täglich mehr als zwei Stunden mehr unbezahlte Arbeit zu Hause als Männer, in Deutschland sind es ca. 1,5 Stunden. Dies verschärft sich in der aktuellen Krise zusätzlich, so lange Kindertagesstätten und Schulen geschlossen sind. Die Betreuung der Kindergartenkinder sowie die Unterstützung beim Homeschooling wird überwiegend von Müttern übernommen, unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Die aktuelle Verstärkung des Ungleichgewichts bei der Verteilung von familiärer Sorgearbeit zu Ungunsten der Frauen darf keinen Rückschritt (Backlash) bei der Gleichstellung von Männern und Frauen nach sich ziehen.



Vor diesem Hintergrund hat die dbb bundesfrauenvertretung Handlungsempfehlungen formuliert, die für den Erhalt und die Stärkung der Gleichstellung in unserer Gesellschaft essenziell sind:

Gleichstellungspolitik nachhaltig gestalten und umsetzen!

- Die Landes- und Bundesregierungen müssen einen einheitlichen, konsistenten und nachhaltigen Weg in der Gleichstellungspolitik gehen. Die strukturelle Benachteiligung aufgrund des Geschlechts muss in ganz Deutschland konsequent bekämpft werden. Eine besondere Verantwortung kommt hier den Arbeitgebenden und Dienstherren im öffentlichen Dienst zu.
- Im Notfallmanagement müssen viel stärker als bisher Verfahren und Instrumente zur Anwendung kommen, die die Genderdimension berücksichtigen. Die geschlechtsspezifische Folgenabschätzung muss im Verfahren etabliert werden. Dies gilt ebenfalls für Maßnahmen- und Konjunkturpakete, die zur Bewältigung der Folgen einer tiefgreifenden Krise geschnürt werden. Dauerhaft gewährleistet werden kann dies durch die Einführung von Gender Budgeting als Leitprinzip staatlichen Handelns.
- Die paritätische Besetzung nicht nur von Entscheidungs- und Beratungsgremien, wie z. B. von Krisenstäben, wissenschaftlichen Experten- oder politischen Entscheidungsgremien, ist für eine gendergerechte Krisenbewältigung zentral, damit die Interessen von Männern und Frauen gleichermaßen bei der Krisenbewältigung berücksichtigt werden.
- Gewerkschaften, die für die Belange der Beschäftigten eintreten, sind überwiegend von Männern geführt. Sie müssen sich stärker als bisher für die Rechte von Frauen im Beruf engagieren. Frauen müssen ermutigt werden, sich stärker gewerkschaftlich zu organisieren. Dazu gehört neben einer gezielten Ansprache eine moderne und gleichstellungsorientierte Gewerkschaftskultur, die es auch Frauen mit Familienpflichten ermöglicht, sich aktiv an Gewerkschaftsarbeit vor Ort und in den Entscheidungsgremien zu beteiligen. Der Mehrwert einer Gewerkschaftsmitgliedschaft für Frauen muss deutlicher hervorgehoben werden.

Entgeltunterschiede beseitigen!

- Die Corona-Pandemie macht deutlich, wie wichtig der soziale Sektor für das Gemeinwohl ist. Um die für die Bürgerinnen und Bürger überlebensnotwendige Infrastruktur zu stärken und kritische Schwachstellen wie beispielsweise den Personalmangel im Pflegebereich zu beseitigen, müssen systemrelevante Berufe, wie z. B. die Kranken- und Altenpflege sowie die Kinderbetreuung, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, aufgewertet werden. Eine Steigerung der Attraktivität dieser Berufe muss durch eine bessere Bezahlung der systemrelevanten Berufe sowie über die Schaffung adäquater Arbeitsbedingungen gefördert werden. Damit steigt auch der gesellschaftliche Wert der Sorgetätigkeiten im Privaten, die noch immer überwiegend von Frauen unbezahlt übernommen werden.



- In Branchen mit Tarifbindung sind die Entgeltunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten geringer als in solchen ohne Tarifbindung. Die Tarifbindung in systemrelevanten Bereichen muss auch deshalb deutlich verbessert werden. Das trägt langfristig und branchenübergreifend zu einer Minimierung von geschlechterbedingten Lohnunterschieden bei.
- Ein Erschwerniszuschlag muss auch für Pflege- und Betreuungsberufe eingeführt werden. Erschwerniszuschläge für Arbeiten mit hohen körperlichen Belastungen und besonders starken Umgebungseinflüssen sind in Industrieberufen, in denen überwiegend Männer tätig sind, bereits seit vielen Jahren Standard in Tarifverträgen.

Digitalisierung gendergerecht gestalten!

- Die dbb bundesfrauenvertretung fordert einen Anspruch auf mobiles Arbeiten beziehungsweise Homeoffice für die Beschäftigten. Allen Beschäftigten muss ein Anspruch auf mobiles Arbeiten beziehungsweise Homeoffice zustehen, wenn der Arbeitsplatz dies ermöglicht. Eine Pflicht zu mobilem Arbeiten beziehungsweise Homeoffice wird aber strikt abgelehnt. Mobiles Arbeiten und Homeoffice darf es nur auf freiwilliger Basis geben. Zudem ist Homeoffice alternierend als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz anzubieten, damit Beschäftigte weiterhin in den Arbeitsablauf auch in Präsenz eingebunden sind und soziale Kontakte pflegen können. Darüber hinaus müsste die steuerliche Berücksichtigung des häuslichen Arbeitszimmers an digitales Arbeiten angepasst werden.
- Die gleichstellende Wirkung der Digitalisierung der Arbeitswelt muss gezielt genutzt werden, um geschlechterbedingten Benachteiligungen im Berufsleben zu begegnen. Beschäftigten dürfen durch die Tätigkeit im Homeoffice, im dienstlichen bzw. beruflichen Werdegang, insbesondere bei den dienstlichen Beurteilungen und bei der Besetzung von Führungspositionen keine Nachteile entstehen. Noch nie zuvor haben so viele Menschen in den öffentlichen Verwaltungen zur gleichen Zeit mobil und im Homeoffice gearbeitet wie jetzt. Das ist ein gewaltiges Experiment, in dem eine riesige Chance liegt, um gängige Vorurteile gegenüber mobilem Arbeiten abzubauen, die damit verbundenen Probleme aufzuzeigen und um eine beschäftigtenfreundliche Behördenpraxis im Homeoffice und fürs mobile Arbeiten einzuüben. Bei einer Evaluierung der aktuellen Erkenntnisse aus der durch die Corona-Krise ausgelösten Homeoffice-Welle sowie die Weiterentwicklung aktueller digitaler Arbeitsmöglichkeiten muss die Geschlechterdimension einbezogen werden. Derzeit zeigt sich, dass vor allem Frauen, die in Homeoffice arbeiten, parallel durch familiäre Sorgearbeit und Homeschooling belastet sind. Im Blick behalten werden muss hier vor allem auch die Entgrenzung der Arbeitszeit. Anwesenheitsmentalität, die die Führungskräfte bisher angelegt haben, bricht auf und wirkt sich auf die Denkweise der Beurteilenden dahingehend aus, dass Anwesenheit nicht mehr als Maßstab für Leistung angesetzt werden kann. Dies muss grundsätzlich für reguläre Homeoffice-Einsätze auch in Zukunft gelten.



- Die Voraussetzungen für mobiles Arbeiten müssen in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung verbessert werden. Dazu gehört die Ausstattung der Beschäftigten mit digitalen Endgeräten, die Bereitstellung und Instandhaltung der digitalen Infrastruktur und die Gewährleistung der Datensicherheit. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass erfolgreiches Homeschooling eine kompatible digitale Ausstattung von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern voraussetzt. Ein adäquates Mittel sind Dienstvereinbarungen, die in Abstimmung mit den Betriebs- und Personalvertretungen sowie den Gleichstellungsbeauftragten getroffen werden und in regelmäßigen Abständen auf ihre gleichstellende Wirkung überprüft und angepasst werden.
- Aus frauenpolitischer Sicht muss zudem ein besonderes Augenmerk auf die Situation von Lehrerinnen gelegt werden, die neben der von den Arbeitgebern und von den Eltern erwarteten fachbezogenen und digitalen Lehre eigene Kinder im Homeschooling betreuen und damit einer außergewöhnlichen Belastungssituation ausgesetzt sind.